

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Lohnnebenkosten - Ehegatten-Splitting
- Kraftfahrzeugsteuer - Polen - USA-China**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1995) : Kurz kommentiert: Lohnnebenkosten - Ehegatten-Splitting - Kraftfahrzeugsteuer - Polen - USA-China, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 75, Iss. 1, pp. 5-6

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137199>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Lohnnebenkosten Einhellige Ablehnung

Noch vor Beginn der Tarifrunde 1995 hat die Diskussion um die Senkung der hohen Lohnnebenkosten in der Bundesrepublik begonnen. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages hat den Vorschlag unterbreitet, künftig die Höhe des Urlaubsgeldes von der Zahl der Krankheitstage abhängig zu machen; der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat die Forderung aufgestellt, den Samstag wieder zu einem normalen Arbeitstag zu machen. Obwohl die Forderung nach einer Verringerung der Lohnnebenkosten breite Zustimmung in Wirtschaft und Politik findet, sind die Präsidenten mit ihren Vorschlägen auf einhellige Ablehnung gestoßen.

Dahinter steht wieder einmal die Strategie, eine Senkung der Zusatzkosten mit der gleichzeitigen Erhöhung der Tariflöhne zu verbinden, so daß die Lohnsumme konstant bleibt. Mehrfach haben die Unternehmen angekündigt, daß sie eine Ausweitung der Lohnsumme nicht hinnehmen können und nicht zu kompensierende Tarifierhöhungen sie zu Entlassungen veranlassen würden. Dennoch werde es nicht zu einer Nullrunde kommen, so jüngst der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, wenn Möglichkeiten zur Kostenentlastung der Unternehmen gefunden würden. Statt eine Debatte über den Sozialstaat zu beginnen, die die Tarifparteien nicht allein führen könnten, gelte es, die Flexibilisierung weiter voranzutreiben und auf Arbeitszeitverkürzungen zu verzichten. Trotz der positiven Konjunkturlage und der zusätzlichen Belastungen durch Solidaritätszuschlag und Pflegeversicherung werden sich die Arbeitnehmer auf moderate Lohn-erhöhungen einstellen müssen, denn für mehr sind die Sockelarbeitslosigkeit und die Gefahr weiterer Arbeitsplatzverluste zu hoch. dw

Ehegatten-Splitting Massive Kritik

Mit seinem Vorschlag, durch Kappung des Einkommensteuer-Splittingvorteils für Verheiratete ohne Kinder erhebliche Mittel auf einkommensschwache Familien mit Kindern umzuschichten, hat der Generalsekretär der CDU, Peter Hintze, massive Kritik ausgelöst. Das Ehegatten-Splitting ist ein vom Bundesverfassungsgericht anerkanntes Verfahren, mit dem vermieden werden soll, daß sich durch Ehe-

schließung und Zusammenveranlagung eine progressionsbedingte Verschärfung der Steuerbelastung ergibt; dabei wird das Gesamteinkommen der Ehegatten mit zwei gleich hohen Teilbeträgen der Besteuerung unterworfen.

Auch wenn eine Kappung verfassungsrechtlich zulässig sein sollte, stellt sich die Frage, wer hier letztlich die Mehrbelastungen tragen wird. Alleinverdienende Selbständige können durch entsprechende steuerliche Gestaltung – Ehevertrag, Einkommenszu- teilung, getrennte Veranlagung – den Splittingeffekt wiederherstellen. Auch kinderlose Doppelverdiener mit etwa gleich hohem Einkommen können sich durch Wahl der getrennten Veranlagung der Mehrbelastung entziehen. Betroffen wären vor allem Arbeitnehmer-Ehepaare ohne Kinder mit einem Erwerbstätigen, wobei Hintze die Antwort auf die Frage schuldig bleibt, was er in diesem Zusammenhang unter einem kinderlosen Ehepaar versteht. Etwa auch das Ehepaar in den Fünfgigern, das mehrere Kinder großgezogen und erhebliche Einkommensteile für deren Ausbildung verwendet hat? Dieses wäre unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit kaum zu vertreten. Übergangsregelungen, die hier für eine intertemporale Gleichbehandlung sorgen könnten, würden aber die umzu- schichtenden Mittel zunächst erheblich verringern und das ohnehin komplizierte Steuerrecht noch un- überschaubarer machen. rs

Kraftfahrzeugsteuer Geringer Differenzierungsspielraum

Bundesverkehrsminister Wissmann hat angekündigt, noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf für eine grundlegende Reform der Kraftfahrzeugsteuer für Pkw vorzulegen. Dabei soll die bislang am Hubraum eines Fahrzeuges bemessene Kraftfahrzeugsteuer umgestellt werden auf eine Abgabe, deren Höhe sich an dem Schadstoffausstoß des jeweiligen Fahrzeug- typs orientiert. Dies soll zu einer Verringerung der Umweltbelastungen führen, weil damit der Einsatz umweltschonenderer Technologien belohnt wird.

Aus umweltökonomischer Sicht spricht für diesen Vorschlag zunächst einmal, daß für die Internalisierung der Umweltbelastungen durch Pkw-Fahrten mit der Mineralölsteuer zwar schon eine verbrauchsab- hängige „Umweltabgabe“ zur Verfügung steht, deren Höhe Einfluß auf die Fahrleistung und die Entwicklung sparsamerer Motoren hat. Die emittierte Schad- stofffracht ist jedoch – außer bei CO₂ – keine lineare Funktion des Kraftstoffverbrauchs, sondern hängt auch von der jeweils eingesetzten Verbrennungs- und

Reinigungstechnologie ab. Deshalb kann es durchaus sinnvoll sein, die Schadstofffracht je Verbrauchseinheit (Emissionsintensität) zu verringern, indem Anreize zu technischen Fortschritten auf diesem Gebiet gesetzt werden.

Daß eine nach typenbezogenen Abgaswerten differenzierte Kraftfahrzeugsteuer hierfür das richtige Instrument darstellt, ist allerdings zu bezweifeln, denn der für die vorgesehene Steuerdifferenzierung bestehende Spielraum ist angesichts der zumindest bei Otto-Motoren sehr niedrigen Steuersätze begrenzt. Nimmt man den mit der Entwicklung emissionsärmerer Technologien einhergehenden Kostenanstieg mit ins Kalkül, dürften von der möglichen Steuerdifferenzierung kaum Anreize zu technischen Fortschritten ausgehen. Will der Gesetzgeber dennoch nicht auf eine Differenzierung verzichten, sollte er wie bei der Katalysator-Einführung Fahrzeuge mit „vorbildlicher“ Technologie für einen befristeten Zeitraum ganz von der Steuer befreien und den Steuerausfall den übrigen Emittenten in Rechnung stellen. kb

Polen

Reform mit Symbolcharakter

Neue Geldbörsen dürften in Polen zu den Rennern unter den Weihnachtsgeschenken gehört haben. Am 1. Januar 1995 – fünf Jahre nach dem erfolgreichen Start der Balcerowicz-Reform – wurde der polnische Zloty einer radikalen Schlankheitskur unterzogen; ein neuer Zloty ist nun 10 000 alte wert. Die Polen müssen nun lernen, wieder mit kleinen Münzen umzugehen. Die Waren- und Dienstleistungspreise werden zwei Jahre lang in alten und neuen Zloty ausgezeichnet, denn so lange bleiben die alten Scheine noch in Umlauf.

War denn die gesamte Operation, die allein die Polnische Nationalbank rund 500 Mrd. alte Zloty (36 Mill. DM) gekostet hat, ganz zu schweigen von den hohen Folgekosten (Umschulungen, neue technische Ausstattungen, neue Formulare), überhaupt notwendig? Die letzten Umfragen haben gezeigt, daß sich die Bevölkerung im Laufe der Jahre an die „italienischen Verhältnisse“ gewöhnt hat. Die wenigen Vorteile, die man sich vom Währungsschnitt verspricht, sind technischer Natur – Vereinfachung des Geldverkehrs sowie der Um- und Abrechnungen. Im übrigen rechnen geschäftstüchtige Unternehmer mit einem guten Absatz für Münzautomaten.

Für die polnischen Reformer hat der Währungsschnitt vor allem Symbolcharakter. Mit dem

Wegstreichen der vier Nullen wurden die Folgen der sozialistischen Mißwirtschaft im Geldbereich endgültig beseitigt. Ob der neue Zloty „schlank“ bleibt, wird einzig und allein von der Standhaftigkeit der Polnischen Nationalbank abhängig sein. Die Voraussetzungen dafür sind mit Blick auf die politischen Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und dem Präsidenten sowie die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen leider nicht unbedingt gut. ap

USA-China

Handelspolitische Drohkulisse

Was den USA in der Menschenrechtsfrage in China nicht gelang, hat beim Schutz des geistigen Eigentums bessere Erfolgsaussichten. Im Mai vergangenen Jahres mußte Präsident Bill Clinton einen blamablen Rückzug antreten, nachdem er sich – vernünftigerweise – entschlossen hatte, Handel und Menschenrechte voneinander zu trennen und China trotz anhaltender Mißhandlung politischer Dissidenten weiterhin die Meistbegünstigung zu gewähren. Jetzt drohen den Chinesen erneut Handelssanktionen: Vom 4. Februar an sollen hohe Strafzölle auf chinesische Exporte in die USA im Werte von 2,8 Mrd. Dollar verhängt werden, falls die chinesischen Behörden bis dahin nicht entscheidend gegen die grassierende Produktpiraterie im Lande einschreiten. Konkret verlangen die Amerikaner die Schließung von 29 Fabriken im Süden Chinas, in denen Jahr für Jahr angeblich mehr als 75 Mill. Compact und Laser Discs illegal hergestellt und größtenteils exportiert werden.

Auf die „barbarischen“ Sanktionsdrohungen aus Washington reagierte Peking postwendend mit der Ankündigung eventueller harter Gegenschläge: einer Verdoppelung der Zölle auf heißbegehrte US-Konsumgüter wie Videospiegelgeräte, Kosmetika und Zigaretten. In der richtigen Einschätzung aber, es dieses Mal nicht wieder mit einem „Papiertiger“ zu tun zu haben, wird hinter der handelspolitischen Drohkulisse in China zugleich emsig an einer effektiveren Durchsetzung des bereits vor fünf Jahren geschaffenen Copyright- und Patentschutzes gearbeitet.

Mit ihrer Politik der Stärke erweisen die Amerikaner im vorliegenden Fall nicht nur ihrer eigenen Industrie einen guten Dienst, sondern auch anderen Handelspartnern Chinas. China selbst verbessert die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft in der neuen Welthandelsorganisation. Dies wiederum könnte indirekt die Sache der Demokratie und Menschenrechte im Lande eher fördern als der Einsatz handelspolitischer Druckmittel. ko